Thomas Uwer/Thomas von der Osten-Sacken/ Andrea Woeldike (Hg.)

Amerika

Der >War on Terror< und der Aufstand der Alten Welt

© ça ira-Verlag, Freiburg 2003

Postfach 273 www.ca-ira.net 79002 Freiburg info@ca-ira.net

2. Auflage 2013

Umschlag: Volker Maas, Freiburg

Druck: Friedrich Verlagsmedien, Frankfurt

ISBN 978-3-924627-81-9

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

Inhalt

Thomas Uwer/Thomas von der Osten-Sacken/Andrea Woeldike Vorwort	7
Andrea Woeldike/Thomas von der Osten-Sacken Altes Europa<, Neue Welt	19
Amerika, Deutschland und der Antiamerikanismus	
Stefan Ripplinger Der Schatz im Silbersee Mit Karl May und Hegel im Wilden Westen	37
Bernd Beier »Den deutschen Sozialismus von Marx befreien« Über die Weltfriedensmacht Deutschland	47
Gerhard Scheit Monster und Köter, großer und kleiner Teufel Thesen zum Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus	75
Christian Knoop Vom Isolationismus zum >War on Terror< Amerikanische Außenpolitik zwischen Pinochet und Liberty	101
Stephan Grigat Double-bind Deutsch-amerikanische Beziehungen seit 1945	125
Uli Krug/Bernd Volkert Vorkrieg I: Hate Letters to America	153
Thomas von der Osten-Sacken Vorkrieg II: Antiamerikanismus, Antisemitismus und antiimperialistische Friedenssehnsucht	169
Elliot Neaman Warum Europäer und Amerikaner die Irakkrise so unterschiedlich betrachten	191

Der ›Krieg gegen den Terror‹ und der Nahe Osten

Thomas Uwer	211
Altes Europa, neuer Orient	
Amerikas Außenpolitik unter den Vorgaben der europäischen Geschichte	
Barry Rubin	247
Wem nützt der arabische Antiamerikanismus?	
Stephen Schwartz	273
Die Zukunft der amerikanisch-saudischen Beziehungen	
Ayelet Banai-Miller	287
Israel und der Krieg gegen den Terror	
Literaturverzeichnis	307
Δutoren	317

Thomas Uwer/Thomas von der Osten-Sacken/ Andrea Woeldike

Vorwort

Auf die Agenda zu setzen wären die Kautelen für die Rückkehr des imperialistischen Outlaws in die Rechtssphäre zivilisierter Nationen... >Lernen durch Leiden muß die Devise für Bush & Co. ... lauten, ansonsten ist der nächste (Präventiv-) Krieg längst programmiert. Der Imperator und sein Volk sollten schnellstens begreifen, daß selbst die Macht des Imperium Americanum nicht ausreicht, sich den Globus untertan zu machen. Es sollte demnach das zentrale Interesse deutscher Außenpolitik sein, alles zu unternehmen, was den bitter nötigen Erkenntnisprozeß der >Stupid White Men< am Potomac befördert, und alles zu unterlassen, was als Signal der Akzeptanz oder gar Beihilfe zum Kriegsfuror Amerikas gedeutet werden kann.

Dipl. Päd. Jürgen Rose, Oberstleutnant der Bundeswehr (Freitag, 22.8.03)

»Wenn es um nichts anderes ginge als um Mißverständnisse, manierierte Fehlinterpretationen und um gelegentlich heftige Ausbrüche von Ressentiment und Abneigung, dann wäre diese Angelegenheit allenfalls von historischem, also begrenztem Interesse.« (Arendt 1999 b) Nur zu gerne würde man auch den jüngsten Anlauf, den Deutschland gegen Amerika unternommen hat, als eine jener »Mißperzeptionen«¹ abtun, mit denen vor allem konservative Politikwissenschaftler Spannungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis gerne erklären. Die gegen die Vereinigten Staaten eingeschlagene Politik der deutschen

¹ Zum Beispiel Joachim Krause: »Auf der Basis von Fehlperzeptionen sind in Berlin und Paris während der Irak-Krise Entscheidungen gefallen, die das transatlantische Verhältnis ohne Not an den Rand des Abgrunds geführt haben.« (2003, 23)

Administration zumindest weist, mißt man das Erreichte an den erklärten Zielen, eine derart klägliche Bilanz auf, daß es schwerfällt, in dem von Gerhard Schröder propagierten »deutschen Weg« mehr als eine historische Randnotiz zu sehen. Von ihrem Vorhaben, den irakischen Diktator Saddam Hussein zu stürzen, haben sich die Vereinigten Staaten sowenig abbringen lassen, wie die Vereinten Nationen nach deutscher Prognose in Staub zerfielen. Vom deutschen Projekt einer »gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik« unter Vorsitz des Bundesaußenministers Fischer ist kaum mehr die Rede, seit sich herausgestellt hat, daß ein nicht unerheblicher Teil Europas in außenpolitischen Fragen von Bedeutung eher den Vereinigten Staaten traut als den europäischen Führungsmächten Deutschland und Frankreich, die sich von einem regelrechten *cordon sanitaire* der »Koalition der Willigen« umschlossen fanden.

»Die deutsche Politik wie diejenige Frankreichs in Bezug auf die USA war 2002 und Anfang 2003 durch einen Realitätsverlust gekennzeichnet, der durchaus autistische Züge trägt«, attestiert der Politikwissenschaftler Joachim Krause der »europäischen« Haltung. »Beide Regierungen rechtfertigen ihr Vorgehen mit der Notwendigkeit, ein Gegengewicht zu den USA zu schaffen. Gleichzeitig sind sie aber unfähig, irgendeine Form der wirklich relevanten Gegenmacht aufzubauen. Auch fehlt es - außer allgemeinen Erklärungen über die Notwendigkeit der Achtung des Völkerrechts - an einem wirklichen Alternativkonzept... Man fragt sich, was Sinn und Zweck einer solchen Außenpolitik ist, die eine klare Interessenverankerung ebenso vermissen läßt wie ein entsprechendes Problembewußtsein.« (2003, 23) Der kurze Moment jedenfalls, als Deutschland sich angesichts des nahenden Irakkrieges wieder im Zentrum des Weltgeschehens wähnte, ist vorerst vorbei. Die Aufmerksamkeit, die der deutschen Politik in den folgenden Beiträgen dennoch gewidmet wird, ignoriert dies keineswegs, sondern setzt als bekannt voraus, daß unzufriedene und erfolglose Deutsche nicht weniger destruktive Energie zu entwickeln in der Lage sind als erfolgreiche. Es wäre daher auch blauäugig, die deutsche Haltung im Irakkonflikt lediglich als Ausdruck einer vorübergehenden Störung im >transatlantischen Verhältnis< abzutun. Der >Trick< mit dem Antiamerikanismus liegt eben darin, daß er sich vom eigenen Mißerfolg nicht widerlegen läßt.

Der Hinweis auf die Erfolge Amerikas taugte noch nie zum Argument gegen den Antiamerikanismus. Das Bewußtsein, zu einer sich verändernden Welt lediglich als Verlierer zu gehören, nährte und nährt den Haß in gleicher Weise wie die Angst um Privilegien, die von einer Umwälzung der Verhältnisse bedroht sind.² In beidem wird Amerika für jene Veränderung gehaßt, die unweigerlich kommt und zugleich stets unverstanden bleibt. Nicht aufgrund einer erfolgreichen Abwendung Europas von den Vereinigten Staaten erschien Hannah Arendt der europäische Antiamerikanismus bereits zu Beginn der 1950er Jahre als zentrale Herausforderung, sondern weil sie in ihm die Tendenz angelegt sah, zu einem in sich schlüssigen, welterklärenden System zu werden, innerhalb dessen die Richtigkeit der Annahmen nicht mehr an den Tatsachen überprüft, sondern umgekehrt Tatsachen und Ereignisse nur dann akzeptiert werden, wenn sie ein bereits vorgefaßtes Bild der Welt bestätigen. Antiamerikanismus verleiht der Ahnung Gestalt, daß hinter den verwirrenden Erscheinungen einer chaotischen Welt ein stimmiges System walte.

Das Spezifische des Antiamerikanismus ist damit allerdings nicht erklärt: die Tendenz nämlich, sich gegen die Interessen seiner Protagonisten zu richten, die in dem von Arendt im Nachkriegseuropa beobachteten Phänomen zum Ausdruck kommt, eine Entwicklung als »Amerikanisierung« abzulehnen, die »ihren Ursprung in der Gesamtgeschichte des Westens hat (und) lediglich in Amerika erstmals einen Höhepunkt erreicht(e)« (1999 b). Zugespitzt ist diese Tendenz auch in den Anschlägen des 11. September 2001 zum Ausdruck gekommen. Daß Menschen bereit sind, für etwas ihr Leben zu opfern, das außerhalb dessen liegt, was für sie selbst (oder ihre Freunde, Verwandten, Glaubensgenossen) ein rationales Ziel darstellen könnte, ist ein be-

² Gerne wird vergessen, daß die Vereinigten Staaten über ein Jahrhundert lang den Traum der unteren Klassen darstellten und den Alptraum der europäischen Bourgeoisie. Auch kommunistischen Intellektuellen galt Amerika – und nicht das alte Europa – als Vorbild. »Den Fernen Osten verwandelt Rußland in den Fernen Westen. An den steingrauen Leichenhallen von Paris oder London vorbei blickt es weiter. Nach der großartigen Voraussage des Dichters Alexander Blok wird über ihm aufgehen **des neuen Amerika Stern(.« (Ehrenburg 1986, 31)

kanntes Phänomen. Die verstörende Einsicht nach den Anschlägen von New York und Washington jedoch war, daß der suizidale Terror nicht die Tat einer Gruppe von Depravierten war, die nachvollziehbare Gründe hätten, die Vereinigten Staaten zu hassen, sondern den Eliten eines Landes entsprang, das über Jahrzehnte als verläßlicher Verbündeter der USA galt; diese Eliten würden ohne amerikanische Unterstützung kaum jenen Reichtum und jene Macht genießen, mit denen sie den antiamerikanischen Terror fördern.

Weit weniger radikal, doch in ihrer Logik derjenigen der Attentäter verwandt, erscheint die Politik der Bundesregierung. Beide sind von einer >Selbstlosigkeit<, die den eigenen Schaden als Preis für ein höheres Gut zu zahlen bereit ist. Die in der Losung >Nichts tun, was den Krieg nachträglich legitimieren könnte« zum Ausdruck gebrachte Hartnäckigkeit, mit der die Deutschen an ihrer ursprünglichen Entscheidung auch dann noch festhielten, als der Krieg gegen den Irak längst eine Tatsache war, ist nicht Teil einer Verhandlungsführung, die den Preis in die Höhe zu treiben sucht, sondern Ausdruck des unbedingten Willens, auch gegen die eigenen Interessen konsequent zu bleiben. In demselben Maße, in dem >Amerika als subjektiv Verantwortlicher objektiver Verhältnisse erscheint, löst sich der Antiamerikanismus vom Ressentiment der Zukurzgekommenen und Frustrierten ab und hört auf, schlichte Rationalisierung materieller Interessen zu sein. Unbedingte Konsequenz ist dabei von zentraler Bedeutung für das Funktionieren des Systems, weil erst sie Folgerichtigkeit herstellt und die innere Logik wahrt. Einer der immer wiederkehrenden Vorwürfe an die Vereinigten Staaten ist daher auch der der Inkonsequenz - sei es beim Streit um den Internationalen Strafgerichtshof, bei der Frage der CO₂-Emission oder beim Irak. Kaum einem Kommentator scheint aufgefallen zu sein, wie verrückt der Vorwurf an die USA ist, sie würden mit »zweierlei Maß messen«, weil sie gegenüber Nordkorea und dem Irak nicht dieselbe Politik vertreten

Bereits dies weist darauf hin, daß es sich beim aktuellen Antiamerikanismus um mehr handeln könnte als lediglich um ein weiteres jener zahlreichen Ressentiments, die man in Deutschland pflegt und an deren Zunahme man sich so gewöhnt hat wie an das Abschmelzen der Polkappen. In Zahlen stellt sich dies so dar: Während noch 1995 jede/r Zweite in den USA den besten Freund Deutschlands sah, kamen nach einer Untersuchung des Allensbacher Instituts für Demoskopie Anfang 2003 nur noch 11 % zu dieser Einschätzung. (FAZ, 19.3.03). Eine Forsa-Umfrage hat ergeben, daß jeder fünfte Deutsche der offiziellen Version vom 11. September mißtraut und fast genauso viele (19%) es für möglich halten, daß die amerikanische Regierung die Anschläge selbst in Auftrag gab (FAZ, 24.8.03). Dieser signifikante Erfolg des antiamerikanischen Ressentiments liegt auch in seiner Einfachheit und Stimmigkeit begründet. Daß die Vereinigten Staaten tatsächlich über eine ökonomische und militärische Macht verfügen, die wohl auf absehbare Zeit noch jeden anderen Staat weit hinter sich läßt, und damit über größere Möglichkeiten, wirtschaftliche und politische Interessen durchzusetzen, ist hierbei das stärkste Argument. Im Ressentiment wird aus der Tatsache ein Beweis und – eingebunden in ein System, das den Zustand der Welt aus dem allwirkenden Willen Amerikas erklärt – selbst aus dieser einfachen Wahrheit noch eine Lüge. Sie reicht offenkundig hin, etlichen Millionen Menschen die komplizierte Politik des Nahen Ostens zu >erklären<. Weil Lügen nirgendwo so sicher stehen wie auf einem Stecknadelkopf Wahrheit, haben Enthüllungen über amerikanische Spionagedienste und mehr oder weniger pikante Details aus dem Privatleben der politischen Klasse der Vereinigten Staaten Konjunktur. Wer sich wirklich die Mühe machen wollte, die aktuelle Sachbuchliteratur nach Antiamerikanismen zu durchforsten, würde wahrscheinlich schon beim Auflisten der Titel an ihrer Redundanz verzweifeln. Die Wahrheit über Amerika ist das Geheimnis, das jeder kennt.

Es bedarf andererseits keiner außergewöhnlichen Scharfsinnigkeit, um dem antiamerikanischen Frühlingserwachen, das – wie Bernd Beier zeigt – als eine Art zweites Augusterlebnis gefeiert wurde, anzumerken, daß ihm die notwendige Dynamik fehlt, um eine Bewegung mit Durchschlagskraft hervorzubringen. Nicht von ungefähr wurde der Protest gegen den Irakkrieg von Leuten angeführt, die in der Regel das Rentenalter längst erreicht haben. Zwar hörte man allenthalben Klagen, die Alten machten der Jugend in den Friedenszirkeln keinen Platz, sie zu verdrängen aber hatten die Jungen offenbar weder Kraft noch Lust. Während in anderen Ländern die Antiglobalisierungsbewegung wenigstens ein paar neue Gesichter vorzuweisen

hat, erlebten in Deutschland aus West und Ost die immer gleichen Alten ihren dritten Friedensfrühling. Anders als die etwa gleichaltrigen Golfkriegsidole Arafat, Yassin und Hussein brauchten aber Horst Eberhard Richter, Alfred Mechtersheimer und Konstantin Wecker die Jugend nicht als Gegner zu fürchten, den man besten bekämpft, indem man ihn in den selbstgewählten Opfertod schickt. Aus freien Stücken fand sich in Berlin eine halbe Million Demonstranten mit Schildern wie »Schröder halte durch« ein, um mit Reinhard May zu singen. Kaum ein Massenprotest der letzten Jahre erzeugte zugleich vergleichbar wenig theoretische Auseinandersetzung. Als Jürgen Habermas für eine neue »europäische Identität« in den Ring stieg, rief das etwa soviel Erstaunen hervor wie die Nachricht, Dieter Bohlen werde wieder heiraten. Die Dynamik, die nötig ist, um den Protest in eine Bewegung zu transformieren, läßt sich damit nicht erzeugen. Das macht: Eine Bewegung, deren Ziele gesellschaftlich bereits akzeptiert sind, wird nicht gebraucht.

Dies wird hier nicht betont, um die Texte des Buches vor dem Vorwurf des Alarmismus in Schutz zu nehmen. Der neue europäische Antiamerikanismus, vor dessen Heraufkunft Hannah Arendt Anfang der 1950er warnte, ist nicht deshalb relativ wirkungslos geblieben, weil es an der Bereitschaft der Masse mangelte oder gutes Zureden sie davon abgehalten hätte. Der von Arendt befürchtete Konflikt zwischen dem alten Europa und Amerika wurde durch den alles überlagernden Kalten Krieg lediglich entschärft. Der Logik des Blockkonflikts entspricht nicht nur die doppelte Frontstellung, die außer einer antiamerikanischen und einer antisowjetischen Haltung lediglich die scheinbare Alternative des Neutralismus zuließ, sondern auch jene erstaunliche Umkehrung der bekannten Verhältnisse, die dazu führte, daß sich in Deutschland ausgerechnet konservative Kreise positiv auf Amerika bezogen, während der Antiamerikanismus der Linken und einigen Gruppen der extremen Rechten vorbehalten war.

Nicht nur ist diese Zwangspause seit dem Ende des Kalten Krieges vorbei und damit die Voraussetzung obsolet geworden, unter der bis dato internationale Bündnisse und Institutionen gebildet wurden. Auch hat sich die Konfliktlinie aus dem Zentrum Europas verschoben. »Amerika befindet sich im Krieg mit den faschistischen Regimes im Nahen Osten und totalitären islamischen Bewegungen«, erklärte der

ehemalige CIA-Chef James R. Woolsley (2003). Der »War on Terror« sei der »Vierte Weltkrieg«. Woolsley, der sich in der Materie auskennt, hat insofern recht, als der »Antiterrorkrieg« mittlerweile fast alle anderen Konflikte in der Welt prägt und polarisiert. Die Dynamik einer Bewegung, die die Charakteristika des Antiamerikanismus – vom Verschwörungswahn bis zur Selbstaufopferung – in materielle Gewalt umsetzt, existiert bereits. Der antiamerikanische Djihad und der amerikanische »War on Terror« sind längst eine Realität, der sich – wie im Fall des Blockkonflikts – andere Konflikte unterordnen. Bei der Weigerung Deutschlands, die US-Politik gegenüber dem Regime Saddam Husseins zu akzeptieren, handelte es sich daher um wesentlich mehr als um die Ablehnung eines »militärischen Abenteuers«. Daß an ihm erstmals nach 1914 und 1938 die westliche Diplomatie scheiterte, wird dem größenwahnsinnigen Diktator Hussein noch im Untergang geschmeichelt haben.

Das vorliegende Buch handelt deshalb nicht vom >Feindbild Amerika<. Wem es darauf ankommt, die Eigenarten des antiamerikanischen Ressentiments in Deutschland zu studieren, dem wird an anderer Stelle mehr Stoff geboten, als hier auszubreiten war. Die zugrundeliegende These ist vielmehr, daß es sich beim aktuellen Antiamerikanismus mehr als um falsches Bewußtsein längst um eine politische Realität handelt, der mit ein wenig Aufklärung und der heuristischen Trennung in Feindbild und >berechtigte Kritik< nicht beizukommen ist. Wie auch der grassierende Antisemitismus in Deutschland, der zum >Antizionismus< wird, wenn man ihn beim Namen nennt, keineswegs Ausdruck einer Ideologie ist, die im Marxschen Sinne als notwendiger Überbau zu fassen wäre, so drückt sich im Antiamerikanismus, der sich ganz ähnlicher Floskeln und Stereotype bedient, nicht vorrangig das ökonomische oder geostrategische Interesse Deutschlands oder Europas aus.

Wem zum Irakkrieg weiter nichts einfällt, als daß es sich um einen innerimperialistischen Konflikt um Öl handele, bei dem kühl kalkulierende Köpfe Ideologie instrumentell einsetzten, scheint unter derselben Regression zu leiden wie diejenigen, die glauben, Bushs Handeln und damit die Außenpolitik der USA auf einen Vaterkomplex, ein religiöses Schlüsselerlebnis oder Alkoholsucht zurückführen zu können.